

Der Vorsitzende des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-4554

Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 08.05.2014

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. <u>Nachrichtlich</u> Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am Dienstag, 13. Mai 2014, um 17:30 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- Niederschrift über die Sitzungen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 25.2.2014 und 25.3.2014
- 2. 14-F-33-0055

Hochstättenstraße in Ordnung bringen

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5.5.2014 -

Mit dem Umbau der Mauritiusgalerie zur Mediathek und Einzug der Stadtbibliothek wurde in der Hochstättenstraße wieder eine öffentliche Nutzung angesiedelt, die mit ihrer Frequenz zur Stärkung des gesamten Quartiers beiträgt. Vor dem Hintergrund der bereits neu gestalteten Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014

umliegenden Straßen im Zuge der Erneuerung der Fußgängerzone fällt die Hochstättenstraße in ihrem Erscheinungsbild jedoch stark ab.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Gestaltungsplanung zu erarbeiten, bei der auch die umliegenden Nutzungen und möglichen künftigen Nutzungsoptionen der umliegenden Gebäude berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist auch eine Kostenberechnung für die Hochstättenstraße zu erarbeiten und zum nächsten Haushalt anzumelden.

3. 14-F-33-0057

Motorradstellplätze in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 1.4.2014 -

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist ein Motorrad oder Motorroller eine geeignete Alternative zum Pkw, insbesondere im Hinblick auf Unterhaltungskosten und das einfacherer Auffinden von Abstellmöglichkeiten im häuslichen Umfeld. Daher hat die Zahl von gemeldeten Motorrädern in Wiesbaden in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Dass Motorradfahrer und Rollerfahrer keine Parkplatzsorgen kennen, da sich für ein Zweirad immer irgendwo ein passender Stellplatz findet, ist ein Trugbild. Denn wenn es ums Parken geht, findet sich in der Straßenverkehrsordnung (StVO) kein Unterschied zwischen motorisierten Zweirädern und Pkw. Für sie gelten grundsätzlich dieselben Vorschriften wie für Autofahrer. Das Abstellen von Zweirädern ist im Innenstadtbereich nur in gekennzeichneten Parkflächen erlaubt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Möglichkeiten zur Erhöhung der Stellflächen für motorisierte Zweiräder in der Wiesbadener Innenstadt zu prüfen.

4. 14-F-03-0053

Fahrradabstellanlage Mauritius-Mediathek

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.4.2014 -

Die Mauritius-Mediathek ist bereits nach wenigen Tagen bezüglich der Nutzungsfrequenz als voller Erfolg zu bezeichnen. Demgegenüber fällt auf, dass es keine Fahrradabstellanlage gibt, obwohl zu beobachten ist, dass viele Nutzerinnen und Nutzer mit dem Fahrrad kommen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, vor der Mauritius-Mediathek eine ausreichend dimensionierte Fahrradabstellanlage einzurichten.

5. 14-F-08-0034

ÖPNV in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.5.2014 -

Seit geraumer Zeit ist der ÖPNV in Wiesbaden vermehrt Thema in den Medien und gibt zunehmend Anlass zu Diskussionen in der Bürgerschaft. Einschränkungen des Busverkehrs aufgrund von Personalmangel und hohem Krankenstand, Streiks der Busfahrer/innen aufgrund geringer und ungerechter Entlohnung sowie ungleicher Arbeitsbedingungen, Ablösung von Führungspersonen, Kritik an unzureichender Kommunikation und fehlender Transparenz bei der Leitung der Verkehrsbetriebe sowie Kritik an der Qualität des ÖPNV - insbesondere in den Hauptverkehrszeiten - sind Gegenstand von Unmut und Berichterstattung in lokalen Medien. Dabei befindet sich der ÖPNV durch die Aufspaltung in zwei Gesellschaften, bei denen Busfahrer/innen zu unterschiedlichen Konditionen beschäftigt sind, in einer höchst problematischen Situation, die - im Hinblick auf die Betroffenen und angesichts der näher rückenden Vergabe der Konzession - schleunigst beseitigt werden muss. Obwohl diese Erkenntnis im politischen Raum mittlerweile breit geteilt wird, sind positive Fortschritte kaum erkennbar bzw. vollziehen sich im "Schneckentempo".

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge

- 1. einen detaillierten Sachstandsbericht geben, welche Fortschritte erzielt wurden, um die beiden städtischen Verkehrsgesellschaften zusammen zu führen, und darüber, was unternommen wurde, um die ungleichen, ungerechten Arbeitsbedingungen zu verbessern und anzugleichen.
- darlegen, welche besonderen Anstrengungen er unternommen hat, um den Personalmangel zu beheben, die Einschränkungen im Busverkehr aufzuheben und für die Zukunft auszuschließen.
- 3. darüber berichten, welchen Stand die Vorbereitungen zur "Inhouse-Vergabe" erreicht haben.
- 4. auf den kommenden Sitzungen des Ausschuss jeweils über weitere erfolgte Schritte und sich ggfs. abzeichnende Probleme informieren.

6. Wiedereinführung eines Fahrgastbeirats

6.1 14-F-08-0024 ANLAGE

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3.4.2014 (BP 0145) -

6.2 14-F-03-0048 ANLAGE

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3.4.2014 (BP 0146) -

6.3 14-F-05-0006 ANLAGE

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3.4.2014 (BP 0147) -

7. 14-V-61-0003 DL 24/14-1

Bebauungsplan "Rudolf-Dietz-Straße / Hermann-Hesse-Straße" im Ortsbezirk Naurod in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

8. 14-V-61-0005 DL 24/14-2

Bebauungsplan "Setzling" im Ortsbezirk Erbenheim -Satzungsbeschluss -

9. 14-V-61-0007

DL 29/14-4, 28/14-9, 27/14-1

Bebauungsplan "Rhein-Main-Hallen" im Ortsbezirk Mitte - Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

10. 14-V-61-0008 DL 28/14-10, 26/14-3

Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

11. 14-V-61-0012 DL 24/14-3

Bebauungsplan "Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße" im Ortsbezirk Erbenheim - Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

12. 13-V-61-0052 DL 28/14-2, 26/14-2

Bebauungsplan "Breckenheimer Straße" im Ortsbezirk Igstadt - Aufstellungsbeschluss -

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014

13. 14-F-03-0055

Sachstand Wisek (VEP/NVP/FNP)

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5.5.2014 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

in welchem Entwicklungsstadium sich nunmehr die fortzuschreibenden Planwerke (z.B. VEP, NVP/FNP) sowie das übergeordnete Stadtentwicklungskonzept Wisek befinden.

14. 14-F-03-0038 ANLAGE

Sachstand Wisek (VEP/NVP/FNP)

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 25.3.2014 -

15. 14-F-33-0056

Entwicklung von Fahrkartenverkaufsstellen in Wiesbadener Stadtteilen

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5.5.2014 -

Durch die Umstellung des Fahrkartenverkaufs und die Verbreitung des E-ticketing-Systems wird sich das Vertriebskonzept für den Verkauf von Dauerkarten und Zeitkarten im Stadtgebiet verändern. Besonders in den Vororten kann dies dazu führen, dass entweder nur noch Fahrkartenautomaten zur Verfügung stehen oder die Fahrkarte nur noch im Bus selbst erworben werden kann. Der Erwerb von Fahrkarten über einen elektronischen Verkauf kommt nicht für alle Kunden in Frage oder ist manchen nur erschwert möglich, bzw. nicht problemlos zu bewältigen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. dem Ausschuss über den derzeitigen Stand des Fahrkartenvertriebs zu berichten.
- 2. in Zusammenarbeit mit der ESWE Verkehrs GmbH Mindeststandards zu definieren, unter welchen Voraussetzungen insbesondere in Ortsteilen welche Anzahl und Art von Fahrkartenverkaufsstellen angeboten werden sollten sowie
- 3. daraus abgeleitet ein Fahrschein-Vertriebskonzept für das Verkehrsgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der derzeitigen Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans zu erarbeiten.

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014

4. dabei auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt Wiesbaden und die kommunale Verkehrsgesellschaft darzulegen.

16. 14-F-03-0054

Konzept Umgestaltung Rathaus

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5.5.2014 -

Teilweise wurden bereits Räume des Rathauses der Landeshauptstadt umgestaltet.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat möge berichten:

- Wie sieht das Konzept zur Umgestaltung von Räumen des Rathauses der Landeshauptstadt aus?
- Welche Räume sollen noch umgestaltet werden?
- Gibt es einen Zeitplan?
- Gibt es einen Kostenplan?

17. 14-F-08-0035

Masterplan für die Entwicklung der Hochschule Rhein-Main

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.5.2014 -

Angesichts des großen Zuspruchs und der positiven Entwicklungsperspektive der Hochschule Rhein-Main wurde ein Masterplan für die Entwicklung der Hochschule erarbeitet. Die Entwicklung der Hochschule Rhein-Main ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Bürgerschaft von hohem Interesse. Auch im Sinne einer verstärkten Kooperation zwischen Stadt und Hochschule wäre es sehr sinnvoll, den Masterplan im städtischen Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr vorzustellen und von Zeit zu Zeit über den Sachstand seiner Umsetzung zu berichten.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

- 1. Der Magistrat möge in Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main den Masterplan zur Entwicklung der Hochschule in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vorstellen. Insbesondere soll hierbei deutlich werden, welche Aufgaben die Landeshauptstadt Wiesbaden hat, um die positive Entwicklung der Hochschule im Sinne des Masterplans zu fördern.
- 2. Über Aktualisierungen und die Umsetzung des Masterplans bzw. wesentlicher Teile soll im Ausschuss zeitnah informiert werden.

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014

Carsharing

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.5.2014 -

Die Förderung von Carsharing erweist sich als eine verkehrspolitisch sinnvolle Möglichkeit Ressourcen zu schonen und erscheint erheblich ausbaufähig. Ein Problem scheint die Bereitstellung von Flächen im öffentlichen Raum zu sein, auf denen Fahrzeuge gut erreichbar abgestellt werden können.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge

- prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, in Parkhäusern Flächen für Carsharing-Fahrzeuge zu reservieren, und
- darlegen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um solche Flächen für Carsharing-Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-F-33-0070 ANLAGE

Kapazitäten der Parkhäuser

- Bericht des Dezernates III vom 22.4.2014 -

2. 13-F-33-0104 ANLAGE

Aufwertung des Amöneburger Kreisels

- Bericht des Dezernates IV vom 5.2.2014 -

3. 14-F-03-0015 ANLAGE

Bus/Bürgertaxi zum Bestattungswald in Frauenstein

- Bericht des Dezernates IV vom 14.3.2014 -

4. 14-F-33-0001 ANLAGE

Salzbach-Route als Rad-/Fußweg weiterentwickeln

- Bericht des Dezernates IV vom 12.4.2014 -

5. 13-V-20-0094 DL 21/14-1 NÖ

Feierabendheim Simeonhaus GmbH: Verkauf der Grundstücke und Aufbauten

6. 13-V-51-0045 DL 28/14-1, 26/14-1

Landesprogramm "Aktive Kernbereiche, Wiesbaden City-Nordwest + Süd"

7. 13-V-52-0024 DL 29/14-1, 25/14-1

Standortuntersuchung zur Unterbringung einer Sporthalle in Wiesbaden-Nordenstadt

8. 13-V-66-0250 DL 23/14-1

Hochheimer Straße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Hochheimer Straße - Bussteig C in Mainz-Kostheim

9. 14-V-01-0013 DL 28/14-3, 25/14-2

Jahresbericht 2013 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

10. 14-V-04-0009 DL 28/14-1 NÖ, 25/14-1 NÖ

Faulbrunnenplatz, Gestaltung des Brunnens mit Stele, Vergabe des Cafés mit öffentlicher WC-Anlage

11. 14-V-10-0004 DL 28/14-4, 25/14-3

Neubau des Bürgerhauses Medenbach - Ausführungsvorlage

12. 14-V-10-0009 DL 29/14-2

Bürgerhaus Forum Naurod; Sanierung und Erweiterung 3. und 4. Bauabschnitt

13. 14-V-20-0031 DL 23/14-2

Übersicht der durch den Magistrat vom 01.01.2014 bis 31.03.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

14. 14-V-40-0001 DL 21/14-4, 07/14-6, 05/14-7

Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014

Fritz-Gansberg-Schule - Vorbereitungen zur Errichtung eines Neubaus

15. 14-V-51-0003 DL 28/14-8, 25/14-8

Wohnungsbauprogramm 2013 - Ausführungsvorlage

16. 14-V-61-0011 DL 28/14-11, 26/14-4

Planungsmittel Konzeptbearbeitung Salzbachroute

17. 14-V-61-0017 DL 29/14-5, 26/14-5

Regionalplan Südhessen - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

18. 14-V-63-0005 DL 29/14-6

Vorabfreigabe der Zuschüsse zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte

19. 14-V-66-0202 DL 21/14-10

Susannastraße L 3039 / Ausbau von OD bis Netzknoten 007 in Wiesbaden-Igstadt

20. 14-V-66-0204 DL 29/14-7

Veilchenweg - Tempo-30-Zone

21. 14-V-66-0205 DL 23/14-4

Mainzer Straße - Ausbau zwischen Gartenfeldstraße und Welfenstraße einschließlich der Knotenpunkte

22. 14-V-66-0206 DL 28/14-12, 23/14-5

Siegfriedring - Neuinstallation LSA und Umbau Einmündung Brunhildenstraße in Südost

23. 14-V-66-0301 DL 23/14-6

Seite 10 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. Mai 2014 Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2014

24. 14-V-66-0302 DL 29/14-8

Neubau einer Treppe zur Lindenthalstraße

25. 14-V-80-2307 DL 21/14-3 NÖ

Verzeichnis der vom 1. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2013 genehmigten Grundstücksvorlagen

26. 14-V-80-2313

DL 28/14-4 NÖ, 25/14-4 NÖ

Ankauf des Grundstücks Hessenring 48 in Wiesbaden-Nordenstadt

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler Vorsitzender